WLZ

Zeitschrift der GEW Wiesbaden

Nr. 1 / 2010

29. Jahrgang

Arbeiten bis der Tod entscheidet ...

... Das woll'n wir nicht, das woll'n wir nicht!

Am 7. September beteiligten sich die Mitglieder des Kreisvorstands der GEW Wiesbaden vor der Hessischen Staatskanzlei an einer Aktionsveranstaltung gegen die von der Landesregierung geplante Lebensarbeitszeitverlängerung für Lehrer und andere Landesbedienstete. Und wie!

Die Mitglieder des Kreisvorstandes stellten eine Art Anti-Staatsvampirei-Truppe (s. Fotos) zusammen.

Kollege Th. Eilers hatte dazu passend im hintersten Winkel seiner düsteren Dachbodenkammer in einer staubigen eisenbeschlagenen Kiste (hm, hm!) drei prächtige Vampirkostüme entdeckt. Diese Staatsvampire mit perfekt geschminkten Visagen (Bravo und Danke, Ute Eilers!) und fiesen Parolen vor dem Bauch (Seniorenblut schmeckt tödlich gut!) umschwirrten die Gruppe der Berufsläädierten: Rollstuhlfahrer, Blinde, Hörgeschädigte, Lahme und Ermattete, begleitet von Bahre und Krankenträgern. (s. Fotos)

Welch ein Blickfang, so in Anlehnung an Polanskis Film: „Tanz der Vampire“. Dort beenden Holzspeere, ins ohnehin kalte Herz gesteckt, das unselige Treiben der Unwesen.

Nun, unsere Speere sind von anderer Art: Sie heißen Öffentlichkeitsarbeit und Solidarität herstellen mit den KollegInnen, den alten und den jungen.

Wie der Hauptredner Jochen Nagel treffend sagte, wird der Generationenpakt, den die Landesregierung ebenso laut wie irreführend ständig bemüht, exakt durch eben diese Maßnahme ad absurdum geführt.

Denn, wird die Regelung greifen, bedeutet das eine Mindereinstellungsrate junger KollegInnen von ca 2,5 Prozent per annum. Hochgerechnet heißt dies, dass landesweit die Kollegien in einer Dekade um etwa ein Viertel weniger verjüngt werden können. Wo ist denn da der Vorteil? Die Alten können nicht mehr und die Jungen können nichts werden. Und dies angesichts von zwei hinzukommenden nicht zu vernachlässigenden Fakten:

• bereits jetzt (Renteneintrittsalter 65 Jahre) erreichen nur 5 Prozent der Beschäftigten diese Grenze als noch Vollzeitberufstätige.

• die BRD liegt mit dem vorgeschriebenen Renteneintrittsalter für LehrerInnen europaweit ohnehin schon an der Spitze; im Nachbarland Frankreich (Renteneintrittsalter: 60) wurde gerade heftig gegen eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit um zwei Jahre demonstriert!

Im Reizvollen unseres Berufs – Spannung, Unwägbarkeit, Bewegung, Abwechslung – liegt halt eben gleichzeitig seine Gefährdung.

Ein Paradoxon? Ja, eben!

„When you’re getting on in life“, wie die Engländer das Älterwerden so unaufdringlich paraphrasieren, gerät das täglich Aufregende, Wechselvolle, Herausfordernde, das man lange schätzte, leider häufig und sicherlich unerwünscht zur Last.

Das tut dann keinem der Beteiligten gut, den Altgedienten nicht und schon gar nicht den SchülerInnen.

Unser Land hat seinen Bediensteten gegenüber auch eine Fürsorgepflicht, die nicht der Maxime: „Hauptsache, es kost’ nix!“ zum Opfer fallen darf. Denn die Verlängerung der Lebensarbeitszeit bedeutet möglicherweise für eine nicht geringe Anzahl der Betroffenen eine Verkürzung der Lebenszeit.

Wir gestatten uns, den römischen Dichter Sueton (die bittere Begrüßung der kampfgezeichneten Fußsoldaten an Kaiser Claudius) leicht abgewandelt zu zitieren:

„Ave, Kultus (statt: Caesar) Imperator, morituri te salutant."

Bis bald, Kultusministerin. - Sind beschäftigt.

Spitzen gerade öffentlich unsere Speere.

Barbara Lambrecht

Rente mit 60 - Nicht erst ab 67/70

Kaum ist die Rente mit 67 beschlossen, steht die Rente mit 70 vor der Tür. „Wenn Europas Bürger immer älter werden und deswegen länger Altersbezüge erhalten, müssen sie ... länger arbeiten. Langfristig muss aus der Rente mit 67 wohl eine Rente mit 70 werden" (FTD 27.05.2010). Focus findet Rente mit 70 „voll sozial" (Focus-Online 24.07.2009). In Umfragen jedoch wünschen sich 82 Prozent einen Renteneintritt mit 60 Jahren (Welt-Online 16.06.2008). Sehr bescheiden, denn das durchschnittliche Renteneintrittsalter der Konzernvorstände lag 2009 bei 53 Jahren. Rente mit 60 ist für sie das Äußerste, was sie für zumutbar halten. Kapitaleigentümer können ab einer gewissen Höhe des Kapitals schon nach der Schulzeit die Rentenlaufbahn einschlagen. 10 Mio. Euro z.B. bringen bei 5 % Rendite monatlich 41.666 Euro (Kapital)Rente.

Statt Rückkehr ins 19. Jahrhundert weiter zur Rente mit 60
1891, bei Einführung der Arbeiterrentenversicherung, betrug die Altersgrenze 70 Jahre, ab 1916 dann 65. 100 Jahre später soll trotz erheblich höherer Produktivität das Rentenalter auf 67/70 Jahre erhöht werden? - Eine Bankrotterklärung! Noch Ende der 1960er Jahre starben die meisten ArbeiterInnen vor Erreichen der Regelaltersgrenze. Die steigende Lebenserwartung verschaffte ihnen den Genuss einer bescheidenen Altersrente, ebenso wie verschiedene Senkungen von Altersgrenzen. 1997 ging die Mehrheit der RentnerInnen mit 60 in Altersrente. Seither dreht sich der Wind in Richtung 19. Jahrhundert. LohnarbeiterInnen mit Armutslöhnen und gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen wird die Altersrente langsam wieder entzogen. Dabei endet ihr Leben an die zehn Jahre früher als das der besser Bezahlten. Männer mit einem mtl. Einkommen unter 1.500 Euro brutto leben im Durchschnitt 71,1 Jahre, Frauen 78,4; Männer mit einem Einkommen über 4.500 Euro dagegen 80,0 und Frauen 87,2 Jahre (http://arbeiter.verdi.de/ data/K.-Lauterbach.pdf). Damit die Masse der Lohnabhängigen Altersrente ohne Abschläge beziehen kann, muss die Altersgrenze auf 60 Jahre herabgesetzt werden. Das tatsächliche Renteneintrittsalter aller Versicherten (Alters- und Erwerbsminderungsrente) lag 2008 bei 60,7 Jahren.

Rente mit 60 ist möglich!
Das Volkseinkommen (die Summe aller Löhne, Gewinne, Mieten usw.) stieg von 1950 bis 2009 um das 22,5-fache, von 2.007 Euro auf 46.194 Euro pro Erwerbstätigem. Die Zahl der Erwerbstätigenwiederum stieg von 19,6 auf 40,3 Mio.. Vom Umfang des gesellschaftlichen Reichtums her wäre es ein Leichtes, allen RentnerInnen ein auskömmliches Leben zu ermöglichen. Frankreich hat bisher schon gezeigt, dass Rente mit 60 keine Illusion ist.

Warum dennoch Rente mit 67/70?
Höhere Ausgaben für RentnerInnen müssen aus dem

Mehrprodukt der Wirtschaft finanziert werden, zunächst über höhere Rentenversicherungsbeiträge. Von 1950 bis 1986 stiegen diese von 10 % auf 19,2 %. 2010 betragen sie 19,9 %, bis 2020 sind sie mit 20 % gesetzlich festgeschrieben. Die Hälfte des Beitrags entfällt auf den Arbeitgeberbeitrag. Das Kapital hat durchgesetzt, den Arbeitgeberbetrag einzufrieren, obwohl die Lebenserwartung seit 1986 um 4 bis 5 Jahre gestiegen ist. Denn jedes Prozent mehr an Arbeitgeberbeitrag würde die Profite um 9 Mrd. Euro senken. Die Alten gelten umso mehr als „Altlast“ als die Profitraten, der Lebenszweck des Kapitals, heute niedriger sind als vor der Krise 1974/75. Das Kapital will für die steigende Lebenserwartung seiner ehemaligen Arbeitskräfte nicht aufkommen. Die steigenden Ausgaben für Renten werden auf den Staat (rund 80 Mrd. Euro) und die Lohnabhängigen abgewälzt. „Parität“ ist schon lange nicht mehr gegeben. Das Kapital entzieht gleichzeitig der Sozialversicherung Milliarden an Einnahmen, weil seine Nachfrage nach Arbeitskraft mit wachsender Produktivität sinkt. Die sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen schmolzen von 28,5 Mio. auf 22,2 Mio., Minijobs explodierten. Das Kapital selbst produziert also die Defizite der Rentenversicherung, nicht die gierigen Rentner. Um das zu vertuschen, wird die Rente mit 67/70 als unabweisbare Folge der älter werdenden Bevölkerung verkauft.

13 Thesen von Rainer Roth, August 2010,herausgegeben von; KLARtext e.V.; WWW.klartext-info.de

Rente mit 67/70, weil Fachkräfte benötigt werden?
2008 war ein Drittel der Personen zwischen 60 und 64 erwerbstätig, mit 64 waren nur 7,1 % sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Selbst der Präsident des Industrieverbandes Keitel gab zu: „Es geht nicht darum, dass jemand bis 67 oder gar 70 arbeitet, … Es geht darum, wann 100 Prozent des Rentenanspruchs erreicht werden.“ (Tagesspiegel 05.10.2009) Jedes Jahr vorzeitiger Rente ergibt Abschläge von 3,6 %. Die Hälfte aller RentnerInnen bekommt schon keine volle Rente mehr. 820.000 RentnerInnen über 65 sehen sich bereits gezwungen, ihre Armutsrenten durch billige Lohnarbeit aufzubessern. Japan lässt grüßen!

Rente mit 67/70, weil gerecht gegenüber den „Jungen“?
Lohnarbeit lohnt nicht wirklich. 2008 betrugen die Durchschnittsrenten für Männer in Westdeutschland 970 Euro, für Frauen 473 Euro. Sie sind nach all den massiven Kürzungen preisbereinigt niedriger als 1975! 35 Jahre Steigerung des Sozialprodukts - als Dank weniger Rente. 2030 wird ein westdeutscher Durchschnittsrentner von seiner heutigen Rente nur noch 700 Euro behalten (Metall 6/2009, 4). So sieht die „Generationengerechtigkeit“ aus. Weder jüngere noch ältere Menschen streben an, erst mit 67 oder 70 in Rente zu gehen, noch dazu bei steigender Arbeitsbelastung. Die Lebensarbeitszeit verlängert sich für „Alte“ durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters, für „Junge“ durch die Verkürzung der Schul- und Ausbildungszeiten. Länger arbeiten für fremden Profit kann nicht im Interesse von Lohnabhängigen liegen.

Rente mit 67/70, damit die Jungen höhere Nettolöhne haben?
Den Jungen sei nicht zuzumuten, mit höheren Beiträgen immer mehr Alte zu ernähren (Kapitalrentner natürlich ausgenommen). Sie sollen ihr Geld lieber bei Allianz und Co. anlegen.

„Dies (das Einfrieren der Beiträge) setzt die Jüngeren in den Stand, einen beachtlichen Teil ihres Bruttoeinkommens, insbesondere die so gesparten Sozialabgaben, für die Eigenvorsorge zu verwenden“ (Norbert Walter, damaliger Chefvolkswirt Deutsche Bank nach FR 30.12.1996). Wer 36 Jahre lang 75 % des Durchschnitteinkommens verdient (2009: 1930 Euro brutto), bekommt eine Rente in Höhe der durchschnittlichen Sozialhilfe, nämlich 657 Euro (359 Euro Eckregelsatz und 298 (!) Euro Warmmiete).

Die vorprogrammierte Altersarmut soll ausgerechnet Geringverdiener „motivieren“, einen größeren Teil ihres Lohns für betriebliche Renten bzw. private Altersvorsorge aufzuwenden. Die Gesamtabzüge der Lohnabhängigen für Altersvorsorge können dann auf bis zu 18 % steigen, während das Kapital bei 10 % bleibt. Renten mit 67 und Armutsrenten sind also für Versicherungskonzerne doppelte Profitquellen.

Rente mit 67/70, weil zu wenige „Beitragszahler“ geboren werden?
Abstrus. Denn das Kapital verweigert gerade diesen Geborenen mehr und mehr den Zutritt zum Erwerbsleben oder erlaubt ihn nur unter prekären Bedingungen. 30 % der unter 35-Jährigen arbeitet befristet, in Leiharbeit oder in AB-Maßnahmen. Im Februar 2010 lag die offizielle Arbeitslosigkeit Jugendlicher unter 25 in der Eurozone bei 20 %. Im Übrigen zieht sich das Kapital nicht nur aus

der Finanzierung der Alten zurück, sondern auch aus der der Kinder. Mit Löhnen unter zehn Euro kann man nicht mal ein einziges Kind unterhalten.

Daher fordern wir:

- **Altersrente mit 60 ohne Abschläge!**
- **Rente für langjährige Versicherte nach 35 Jahrenl**
- **Mindestrente in Höhe von 1.000 Euro brutto (900 Euro netto)!**
- **Beitragsbemessungsgrenzen aufheben! (5.400 Euro West. 4.550 Euro Ost)**
- **Pflichtversicherung für jeden Erwerbstätigen!**
- **Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung nicht einfrieren!**
- **Keine staatliche Förderung privater Rentenverträge!**

Freiherr-vom-Stein-Schule - für Schülerinnen und Schüler ungeeignet!

„Eine Lösung muss gefunden werden!“ - aber nur, wenn die Stadtverordneten sie finden wollen! 23.03.10. GEW-Kreisvorstand Wiesbaden: Vorortermin in der Freiherr-vom-Stein-Grundschule in Wiesbaden-Biebrich.

„Die Schule fällt noch nicht zusammen“, so zitierte die junge Schulleiterin Sandra Emmerich einen Vertreter der Bauaufsicht der Stadt Wiesbaden. Ja, tatsächlich. Es steht noch, das alte Gebäude aus der Vorkriegszeit, als die Straßen noch ruhiger und die Umgebung noch nicht restlos zubetoniert war. Aber halt, es handelt sich gar nicht um ein, sondern um zwei Gebäude, die - etwa hundert Meter von einander entfernt und durch die Biebricher Hauptdurchfahrtsstraße von einander getrennt - von rund 190 Grundschülern besucht werden.

Keinen Schritt können die Kleinen alleine tun, wenn sie zwischen den Gebäuden hin- und hergeführt werden müssen. Platz? Platz gibt es nicht, auch nicht auf den engen, zwischen irgendwelchen Zweckbauten eingeklemmten Pausenhöfen. Wohin man blickt, Tristesse.

Eigentlich kein Ort für Kinder.

Aber eigentlich auch kein Ort für Lehrer.

Betrachtet man zum Beispiel das Lehrerzimmer: Wohnstubengröße, Schränke aufstellen nicht möglich. Die Toilette: Eine einzige, dafür aber zusätzlich mit einer Badewanne unbestimmbarer Provenienz ausgestattet. Schülertoiletten: Dringend renovierungsbedürftig. Das Zimmer der Schulleiterin: Überfüllt, wenn sie, wie sicher häufig, auch nur ein Elternpaar zum Gespräch bittet.

Und die Klassenräume? Schulzimmer sollte man sie besser nennen. Zu klein, zu laut wegen der Hauptverkehrsstraße, im Sommer oft unerträglich warm, schlecht zu belüften.

Was guten Eindruck macht, ist allein das Werk der Kolleginnen, die aus ungeeigneten Räumen mit vielen Dekorationsideen und viel Material ein ansprechendes, kindertaugliches Interieur geschaffen haben.

Die Zukunft? Nun, die Zukunft währt mittlerweile schon satte 16 Jahre. Man kann es kaum glauben. Seit 16 Jahren ist ein Neubau geplant. Und genauso lange vertröstet die Stadt Wiesbaden KollegInnen, SchülerInnen und Eltern. Im Gespräch ist, dass die derzeitige Außenstelle Riehlschule vielleicht umgebaut, vielleicht neu gebaut werden soll als Ersatz für die alten Grundschulgebäude. Vielleicht. Termin ist noch keiner in Aussicht.

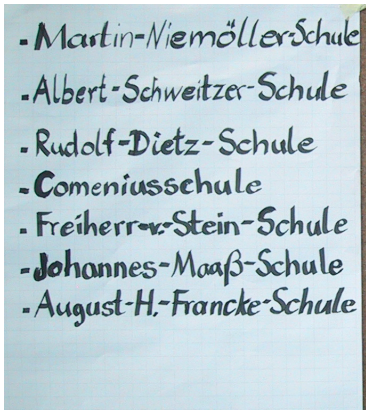
Zusagen der Verantwortlichen: Fehlanzeige.

Haben sie denn alle die engen Gänge, die gemeingefährlichen steilen Treppen und den vom Kollegium geschlossenen gruseligen Werkraum im Keller sowie alle anderen Unzulänglichkeiten übersehen? Oder ist 'Sanierung Grundschule' etwa ein zweitrangiges Projekt?

Man fragt sich wirklich!

Barbara Lambrecht

Wiesbadens Gammelschulen



Dort unten in Biebrich, eingeklemmt zwischen Zweckbauten und Wohnhäusern, die frühe Schatten werfen, zweigeteilt und durchgetrennt von einer lauten, quirligen Hauptverkehrsstraße, mit schäbiger Fassade und handtuchschmalen Pausenhöfen, alt, aber nicht ehrwürdig, liegt die Freiherr-vom-Stein-Grundschule. Wahrlich kein Schmuckstück, kein Ort zum Vorzeigen. Doch wir sind gern hergekommen, denn uns erwartet ein engagiertes Kollegium, unverzagt trotz unguter Bedingungen und eine energische, tatkräftige Schulleiterin. Anlass ist: 2. Runder Tisch zum Thema Schulsanierung: Viele Worte, aber keine konkreten Zusagen!

Auch in Zukunft werden beklagenswerte Zustände an Wiesbadener Schulen an der Tagesordnung sein. Das ist, kurz gesagt, das nüchterne Fazit aus der Veranstaltung vom 18. Mai in der Freiherr-vom-Stein-Schule in Biebrich. Kollegium und Schulleitung hatten bereitwillig ihre Turnhalle als Versammlungsraum angeboten, so dass alle, die wollten, das Mängellager Grundschule in Augenschein nehmen konnten. Die GEW hatte dazu VertreterInnen der betroffenen Schulen, Elternbeiräte sowie Oberbürgermeister Dr. Müller, die Schuldezernentin Frau Scholz und Hochbaudezernentin Frau Thies eingeladen.

Der 2. Runde Tisch sollte auch klären, was sich seit der letzten Gesprächsrunde im Januar an den Schulen getan hatte. Allgemein war man sich einig, dass sich die Kom-

munikation zwischen Schulen und Magistrat verbessert habe. Nun, das ist brav, aber eigentlich selbstverständlich und reicht hier einfach nicht.

Leider hat sich nichts geändert, so fasste Stefanie Schulz von der Freiherr-vom-Stein-Schule den kollektiven Missmut zusammen. Weiterhin versiffte Klassenzimmer, zum Teil unbenutzbare Räume, zu wenig Platz für die Kleinen. Die FR titelte dazu anschaulich: "Käfighaltung für die Kleinen". Zu wenig Ausweich- und Fachräume. Toiletten, immerhin vorhanden, allerdings auf dem Hof und in betrüblichem Zustand.

Raumnot allenthalben, auch an den anderen Schulen.

„Wann passiert endlich was?“, fragte die Grundschullehrerin. Darauf blieb der Oberbürgermeister die Antwort schuldig.

Schulleiterin Bender berichtete von der Albert-Schweitzer-Schule, wo der Raumbedarf nur zu 54% gedeckt sei. Außerdem sei das Raumklima ein Problem: Im Sommer zu heiß, dafür im Winter eiskalt.

An der Niemöller-Schule wird die versprochene, wegen Ganztagbetriebs dringend erforderliche Mensa, auf eine Cafeteria geschrumpft.

Die Mängelliste und die Liste der unerfüllten Wünsche wurde, wie beim letzten Termin, immer länger. Und es ist nach wie vor augenfällig, dass hinter Wiesbadens hübscher und mondäner Fassade ausgerechnet die Grund- und Förderschulen ihrem langsamen Verfall wegen öffentlicher Vernachlässigung entgegendämmern.

Der OB redete viel und ausführlich über Geld, das eigentlich nicht vorhanden sei, das aber dennoch - wegen Prioritäten – dann für andere Projekte (mit Hinweis auf das Sonderkonjunkturprogramm) ausgegeben werden müsse. Dadurch könne die eine oder andere Schule auch immer mal wieder von der Hitliste verschwinden. Immerhin räumte er ein, dass seit Jahrzehnten die Schulgebäude bei der Verteilung der Gelder nicht ausreichend berücksichtigt worden seien.

Apropos Geld. Die Public-Private-Partnership Projekte (PPP) sind – genau genommen – Sale– und Leaseback-Geschäfte nach privatkapitalistischer Manier. Der Staat verkauft Gebäude u.a. an Investoren und mietet sie von diesen zurück. Der für die Weiternutzung zu zahlende Mietzins führt zu einer mindestens den Folgen der Kreditaufnahme vergleichbaren Belastung. So sollen fünf Schulen (Johannes-Maaß-Schule, Albert-Schweitzer-Schule, August-Hermann-Francke-Schule, Comenius-Schule und Freiherr-vom-Stein-Schule), deren Zustand am desolatesten ist, als "interne öffentlich-private" Projekte saniert oder neu gebaut werden. Also doch Schulden machen! Das hat die GEW schon vor einem Jahr gefordert!

Wie sieht’s denn nun konkret aus? Baubeginn an den Schulen? Zum Beispiel an der auch völlig maroden Comenius-Schule?

Na ja, 2011 sei man mit der Planung und der Erstellung des Finanzrahmens soweit. Bis dann alles genehmigt sei, könne es hoffentlich(?) 2013 losgehen.

Ob die Bürger so viel Stillstand wählen wollen? Immerhin stehen in der Stadt 2011 die Kommunalwahlen an.

Für die GEW heißt es jedenfalls: Bloß nicht locker lassen! Noch mehr Öffentlichkeit herstellen!

Denn: Mit Worten allein (oder doch mit einem Zauber?) beseitigt man weder Schimmel, noch Verfall, noch Raumnot. Da hilft nur, den Staatssäckel zähneknirschend aufschnüren und endlich loslegen ...!

Barbara Lambrecht

Schulbausanierung in Wiesbaden: Dezernentin Scholz bereist 6 Schulen mit Schüler- und Elternvertretern

Unter diesem Titel erschien unter „www.frankfurt-live.com“ ein Bericht über eine Bustour zu Schulneubauten mit der Wiesbadener Schuldezernentin und geladenen Schüler- und Elternvertretern. Diese Mitteilung hat uns zu einer Phantasiereise angeregt, die folgendermaßen lauten könnte:

Unter dem Motto „Schulbau von Förder- und Grundschulen in Wiesbaden“ hat das Städtische Schuldezernat zu einer Bustour eingeladen. Start war für viele Interessierte der Neubau der Comeniusschule, in der benachteiligte und im Lernen beeinträchtigte Schülerinnen und Schüler endlich ganztägig gefördert werden können; auf dieses Ereignis wartete die Schulgemeinde seit den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Ältere Kolleginnen und

Kollegen hatten Tränen in den Augen, dass nach so langer Wartezeit der Neubau tatsächlich realisiert wurde! Weiter ging es zu den beiden anderen Lernhilfeschulen (August–Hermann–Francke –Schule, Albert–Schweitzer–Schule), die ebenfalls in Kürze einen Neubau beziehen können, nachdem das Gesundheitsamt vor nicht allzu langer Zeit einen Aufenthalt in den alten Räumlichkeiten definitiv untersagt hatte. Besichtigt wurde ebenfalls die Freiherr-vom–Stein–Schule; hier hat die Stadt Wiesbaden endlich ihre jahrelange Zusage eines Neubaus auf einem anderen Gelände eingelöst, nachdem das Unterrichten in den bisherigen beiden Schulgebäuden nicht mehr zumutbar war. Weiter ging es zur Rudolf–Dietz–Schule, die nun endlich diejenigen Gebäudeteile nutzen kann, die beispielsweise durch Schimmel nicht mehr zugänglich waren. Auch die Kellerskopfschule braucht seit ihrer Sanierung der undichten Dächer keine Eimer mehr, um das einsickernde Regenwasser aufzufangen; die Johannes–Maas–Schule konnte schon vor längerem ihren funkelnagelneuen Verwaltungsbau beziehen ...

Die vorhandene Zeit reichte bei weitem nicht aus, um alle Bauprojekte zu besichtigen. Alle Beteiligen dieser Bustour waren voll des Lobes darüber, dass die Stadt Wiesbaden mit ihrer Ankündigung, Schulen als Lern- und Lebensort zu gestalten, trotz angespannter Haushaltslage so schnell Ernst gemacht hat. Hier hatten besonders die Grund- und Förderschulen einen immensen Nachholbedarf. In nahezu rekordverdächtiger Zeit hat die Stadt in Zusammenarbeit mit der Stadtentwicklungsgesellschaft einen prima Job gemacht! Die ebenfalls eingeladene Presse, der Hessische Rundfunk sowie SAT 1 und RTL brachten daraufhin die entsprechenden Meldungen und Sendungen, um die Öffentlichkeit über diese erfreuliche Entwicklung zu informieren. Positiv wurde ebenfalls vermerkt, dass die finanzielle Unterstützung der EBS (European Business School) entsprechend auf Null gefahren wurde, da sich bei den Kommunalpolitikern die Einsicht durchgesetzt hatte, dass eine private Universität mit ihren vielfältigen Kontakten und Fund - Raising – Möglichkeiten keine öffentliche Unterstützung nötig hat."

Richtig: Die uns vorliegende ursprüngliche Pressemitteilung ist nur mit den Mitteln der Satire kommentierbar.

Ebenfalls richtig: Die Stadt Wiesbaden hat in der Realität noch sehr, sehr viele „Baustellen" zu bearbeiten. Und dann ist da noch was ..... ach ja: Bei der vor uns liegenden Kommunalwahl sollten wir uns sehr gut überlegen, wem wir unsere Stimme geben können!

Katja Plazikowsky

Prominenter Besuch an der Comeniusschule

Am Dienstag, 17.8.2010, besuchte Thorsten Schäfer-Gümbel, der Vorsitzende der SPD Hessen, anlässlich des „Aktionstages Bildung" der hessischen SPD die Comeniusschule.

Wie bereits mehrfach berichtet, gehört die Comeniusschule zu denjenigen Sanierungsschulen Wiesbadens, deren Neubau trotz jahrelanger Planung und bereits in den städtischen Haushalt eingestellter Mittel im letzten Jahr gestrichen wurde. Die skandalösen räumlichen, baulichen und hygienischen Bedingungen, unter denen hier seit vielen Jahren gearbeitet wird, waren bereits mehrfach Thema in der Presse, im HR sowie auf Sat 1 und RTL. Von der Frankfurter Rundschau treffend als „Schimmelschule" bezeichnet, steht die Comeniusschule stellvertretend für alle Lernhilfeschulen Wiesbadens sowie einiger Grundschulen – auch nach dem letzten „Runden Tisch" im Juni 2010, an dem der Oberbürgermeister Müller persönlich teilnahm, gab es keine konkreten Zusagen bezüglich des Beginns von Sanierungen oder Neubauten.

Thorsten Schäfer-Gümbel führte ein Gespräch mit Schulleitungs- und Personalratsmitgliedern, in dem er sich ausführlich über das pädagogische Konzept der Comeniusschule, aber auch über den Stand und die „Chronologie" der Sanierungs- bzw. Neubaupläne informierte. Der anschließende Rundgang über das Gelände zeigte das Ergebnis, das man immer beobachten kann, wenn schulfremde Personen diese Schule das erste Mal sehen: Ungläubiges Erstaunen, Erschrecken und Unverständnis, warum die wohlhabende Landeshauptstadt über viele Jahre hinweg nicht in der Lage war, diesen Schandfleck der Wiesbadener Schullandschaft zu sanieren und unserer Schülerschaft ein menschenwürdiges Lernen zu ermöglichen. Thorsten Schäfer-Gümbel zeigte sich am Ende des Rundgangs dementsprechend auch „nachhaltig" beeindruckt und versprach, den Oberbürgermeister

Dr. Müller in einem Brief über seinen Eindruck zu informieren. Er veröffentlichte noch am gleichen Tag eine Pressemitteilung auf seiner Homepage.

Immerhin konnte Thorsten Schäfer-Gümbel auch neben dem eher deprimierenden Zustand des Schulgeländes einen Einblick in unsere Arbeit gewinnen: Bei der Probe zur am nächsten Tag stattfindenden Einschulungsfeier waren unsere Schülerinnen und Schüler fröhlich und motiviert.

Das Kollegium der Comeniusschule weiß es außerordentlich zu schätzen, dass sich der Vorsitzende der hessischen SPD in dieser Weise den Belangen unserer Lernhilfeschule annimmt.

Hier die aktuellen Forderungen – August 2010 - des Kollegiums:

Forderungen der Personalversammlung der Comeniusschule zur Wiederaufnahme der Planungen eines Neubaus an die Stadt Wiesbaden:

Der Architektenentwurf für den Neubau der Comeniusschule sollte wie geplant realisiert werden; es ist nicht einzusehen, dass Steuergelder in beträchtlicher Höhe sowie viel Zeit und Aufwand investiert wurden und dies alles umsonst gewesen sein soll.

Der ursprüngliche Entwurf des Neubaus wurde fachlich und inhaltlich so geplant, dass inklusive Perspektiven in Hinblick auf Schulentwicklung in Wiesbaden mit berücksichtigt wurden. Wir fordern die schnellstmögliche Wiederaufnahme der Planungen – nicht erst im Jahr 2011 – und eine konkrete Zusage der Stadt Wiesbaden bezüglich eines Zeitplans der tatsächlichen Realisierung des Neubaus; das Kollegium sollte an diesen Planungen mit beteiligt werden.

In der Comeniusschule werden ca. 200 Schülerinnen und Schüler mit Problemen im Bereich „Lernen“ unterrichtet, die aus sehr unterschiedlichen Gründen nicht mehr in der Lage sind, am Unterricht einer Regelschule teilzunehmen. Gerade diese Schülerschaft, die keinerlei Lobby in der Öffentlichkeit hat und die oft genug in schwierigsten familiären Bedingungen lebt, braucht ein Umfeld, das freundlich und menschenwürdig ist. Unsere Kinder und Jugendlichen brauchen Räume, die nicht gesundheitsgefährdend sind und in denen sie so gefördert werden können, wie es in vielen Schulen selbstverständlich ist.

Auch Lehrkräfte brauchen Bedingungen, unter denen sie sinnvoll unterrichten können. Das Kollegium der Comeniusschule fordert auch aus diesem Grund einen Arbeitsplatz, an dem wir nach zeitgemäßen Unterrichtsmethoden und unserem Engagement entsprechend unterrichten können – dies ist in Unterrichts“käfigen“, wie es Container sind, nicht möglich. Unterricht in Containern findet an unserer Schule bereits seit Herbst 2006 statt. Der Unterricht in Containern sowie in abbruchreifen Pavillons unter unzumutbaren baulichen und sanitären Umständen kann kein Dauerzustand sein.

Katja Plazikowsky ist Förderschullehrerin an der Comeniusschule in Wiesbaden

PCB an Schulen in Wiesbaden und anderswo

PCB (Polychlorierte Biphenyle setzen sich zusammen aus 209 Einzelverbindungen) gehören zu den „Dreckigen Dutzend“ der weltweit geächteten Dauergiften. Sie schädigen das Immunsystem nachhaltig und haben eine krebserzeugende Wirkung. Ferner wird das Gehirn wie auch das Nervensystem geschädigt. Die hormonelle Wirkung der Substanz beeinflusst das Verhalten.

Da PCBs langfristig im menschlichen Organismus gespeichert werden, ist mit schleichenden chronischen Erkrankungen zu rechnen. Dazu gehören zunächst Symptome einer allgemeinen Erkrankung wie zum Beispiel Kopfschmerzen, Leibschmerzen, Schmerzen in Armen, Beinen, Händen sowie eine starke Alkoholunverträglichkeit und Müdigkeit.

PCB ist „placentagängig“, d.h. Säuglinge werden bereits vor der Geburt mit PCB belastet. Aus diesem Grund dürfen schwangere Kolleginnen sich nicht in PCB-belasteten Räumen bzw. Schulen aufhalten. Besonders belastet sind Schülerinnen und Schüler.

Meist werden PCB-Belastungen nur durch Zufall entdeckt und man versucht mit allen Finessen eine kostengünstige Sanierung zu erreichen, mit dem Ziel einer Anreicherung von 300 Nanogramm pro Kubikmeter Innenraumluft. Dies Ist nach Aussagen kritischer Wissenschaftler deutlich zu hoch. Sie empfehlen Null Nanogramm pro Kubikmeter Innenraumluft. Da die meisten Schulen mehrfach mit Gift- und Schadstoffen belastet sind, soll die Innenraumluft der Außenluft entsprechen.

Auf europäischer Ebene gilt das Grundrecht auf gesunde Arbeitsbedingungen. Für alle Lehrkräfte muss der Arbeits- und Gesundheitsschutz ohne Einschränkungen gelten.

Jürgen Jäger, Umwelt- und Schadstoffbeauftragter der GEW Hessen

Privatuniversitätsstadt Wiesbaden

Jetzt ist es vollbracht: Wiesbaden ist Universitätsstadt! Mit einem Festakt wurde am Mittwoch, 16. Juni 2010 die Gründung vollzogen, das staunende Publikum vor dem Kurhaus konnte Talarträger, Koch und Co. bewundern, außerdem Limousinen, die direkt vor den Eingang fuhren und mit gewagt hohen Stöckelschuhen bewehrte Damen.

Die Sonne strahlte, 1000 geladene Gäste waren gekommen ... aber auch eine Gruppe von GEW–Kolleginnen und -Kollegen, die daran erinnerten, dass sich Wiesbaden eine Privat-Universität leistet, die von Steuergeldern gesponsert wird, gleichzeitig aber auch Schulen unter dem Niveau einer "Bananenrepublik" unterhält bzw. verkommen lässt.

Um diesen Widerspruch zu verdeutlichen, wurde für Sanierungsschulen gesammelt sowie im szenischen Spiel anschaulich die finanziellen Verwicklungen von EBS und Oberbürgermeister dargestellt – eine kurzweilige, witzige Veranstaltung, die bei Passanten, aber auch der anwesenden Presse für hohe Aufmerksamkeit sorgte.

Die Ankündigung der GEW, eine Aktion zu planen, führte wohl offenbar dazu, dass ca. 20 Polizei- und Mannschaftswagen sowohl eine Vielzahl martialisch aussehender Polizisten diese hochrangige Veranstaltung bewachten – ein Anlass für einige interessante Gespräche mit den Ordnungshütern, die viel Verständnis für unsere Aktion zeigten und teilweise Geld für die Sanierungsschulen spendeten.

Typisch für die Wiesbadener Lokalpresse wiederum war, dass sie keinerlei Notiz von der GEW–Aktion nahmen, sondern lieber die Gründung der EBS bejubelten. Zum Nachlesen deswegen lieber folgende Links der FR: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/wiesbaden/2760848_Universitaetsstadt-Wiesbaden-Da-haben-wir-ein-Ding-gedreht.html

Katja Plazikowsky

„Ich wäre ein Trottel, wenn ich dies tun würde, während alle anderen sparen müssen ...“

ein unveröffentlicher Leserbrief von Hans-Joachim Barth zum Artikel „Wiesbadener EBS schmiedet Pläne im Rheingau“ im WK vom 19.08.2010

Wie bitte ... EBS-Präsident Prof. Dr. Chr. JAHNS hat eine Vision vom RheingauCampus mit einer Investitionssumme von 75 Millionen Euro - und diesmal will er sogar keine öffentlichen Mittel beantragen. Da haben die Rheingauer aber Riesenglück gehabt!?

I think I read not right: Den hessischen Landes- und den kommunalen Wiesbadener Haushalt hat er gerade mit einer fantastischen Fundraising-Strategie um rund 50 Millionen Euro geplündert ... und nun bricht sich ohne Vorwarnung die EBS'sche Wirtschaftsethik Bahn?

Sollte seine späte Einsichtsfähigkeit in sozioökonomische Zusammenhänge ("Ich wäre ein Trottel, ...") tatsächlich Ernst gemeint sein, dann ergeben sich für die GEW-Wiesbaden drei Fragen:

1. Wie wäre dann aus heutiger Sicht Dr. JAHNS o.a. Verhalten dem Land Hessen und der Stadt Wiesbaden gegenüber zu bezeichnen?

2. Wann wird die wirtschaftsethisch geläuterte EBS die erschlichenen 50 Millionen Euro an die Stadt Wiesbaden und das Land Hessen zurückzahlen?

3. Wann endlich wird sich der hessische Landesrechnungshof mit dieser skrupellosen Subventionierung einer Privathochschule befassen?

Als GEW versprechen wir den Wiesbadener BürgerInnen, dass wir gerade auch im kommenden Kommunalwahlkampf diesen finanz- und bildungspolitischen EBS-Skandal thematisieren und in enger Abstimmung mit dem RUNDEN TISCH der Sanierungsschulen weiterhin für die sofortige Sanierung der betroffenen Schulen kämpfen werden.

Erfolgreich werden wir allerdings nur dann sein, wenn die Schulen diese Aktivitäten solidarisch und engagiert mittragen.

Nur die Reichen können sich einen magersüchtigen Staat leisten

Sparen heißt heutzutage: wegnehmen, privatisieren, Menschen entrechten, Reichtum immer brutaler von unten nach oben verteilen. Um den Zynismus auf die Spitze zu treiben, sprechen regierende Politiker jetzt von „Sparpaketen". Vorbei die Zeit, als wir uns noch über Pakete oder Päckchen freuen durften (Eckart Spoo). Abdruck des Ossietzky-Artikels: „Sparen" - eine neoliberalte Ideologie, mit freundlicher Genehmigung der Ossietzky-Redaktion, Ausgabe 14/15, Juli 2010.

Die Forderung, der Staat solle »sparen«, ist populär. Sie findet gerade nach den »Rettungspaketen« für die deutschen Banken, für Griechenland und den Euro in der (Medien-)Öffentlichkeit eine überwiegend positive Resonanz, weil »Sparen« eben mit vernünftigem »Maßhalten« im persönlichen Bereich gleichgesetzt wird, wenngleich es dort ganz anders zu bewerten ist: Hat der legendäre Familienvater oder die berühmte schwäbische Hausfrau wenig Geld zur Verfügung, müssen sie damit möglichst sparsam umgehen, während der Staat die Wirtschaft mittels öffentlicher Investitionen gerade dann ankurbeln muss, wenn diese aufgrund einer noch keineswegs überwundenen globalen Wirtschafts- und Finanzkrise lahmt.

Eine sparsame Haushaltsführung des Staates wird heute vielfach mit »Generationengerechtigkeit« in Verbindung gebracht, wohingegen die öffentliche Kreditaufnahme als Verletzung des Gebotes der Nachhaltigkeit gilt. Häufig tun Neoliberale so, als hätten künftige Generationen hohe Schuldenberge abzutragen, wozu sie weder willens noch in der Lage wären. Dabei lastet dieser Schuldendienst nur auf einem Teil der kommenden Generationen; ein anderer erhält viel mehr Zinsen aus (geerbten) Schuldverschreibungen des Staates, als er selbst an Steuern zahlt, und zieht dadurch aus heutigen Budgetdefiziten sogar Profit.

Trotzdem verfängt die Argumentationsfigur von »Zechprellern zu Lasten unserer eigenen Kinder«, wie der Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen die heutige Generation nennt. Da die Verschuldung der Gebietskörperschaften unseren Kindern und Enkeln laut Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder »die Chancen für ihre Zukunft raubt«, sei die Konsolidierungspolitik ein Gebot der Generationengerechtigkeit, hören wir immer wieder. Aus der Staatsverschuldung resultieren aber sowohl Forderungen als auch Verbindlichkeiten und beide werden an die nächste Generation »vererbt«. Blickt man getrennt auf die gegenwärtige oder auf die folgende Generation, liegt immer ein gesamtwirtschaftliches Nullsummenspiel vor. Durch die Instrumentalisierung der nachwachsenden Generationen unter Schlagworten wie »Nachhaltigkeit der Finanzpolitik« (Papier der Bundesregierung zur »Sparklausur« im Kanzleramt am 6./7. Juni 2010) wird eine fragwürdige Politik der Haushaltskonsolidierung gerechtfertigt, die gerade für Kinder und Jugendliche verheerende Folgen hat, weil den Kindergärten, Schulen, Jugendzentren und Hochschulen nicht mehr die nötigen Mittel zufließen. Zwischen ökologischen und finanziellen Ressourcen besteht nämlich ein entscheidender Unterschied: Einmal vernutzte fossile Brennstoffe fehlen künftigen Generationen, während deren nötigen Beiträgen zur Tilgung von Schulden für öffentliche Aufgaben nützliche Infrastrukturangebote gegenüberstehen. Geld wird zwar im Jugendjargon als »Kohle« bezeichnet, verbrennt oder verschwindet aber nicht, sondern fließt nur von einer in die andere Tasche. Geld ist genug da, wenn es sich auch meist in der falschen Tasche befindet!

Ein Staat darf sich nicht ohne jedes Maß ver- oder überschulden. Die extrem starke Thematisierung des »Sparens« in Haushaltsdebatten lenkt den Blick allerdings einseitig auf die Ausgabenseite, obwohl die gegenwärtigen Probleme des Sozialstaates in erster Linie auf der Einnahmenseite entstehen. Der »Schuldenberg« ist nicht deswegen auf eine Höhe von 1,7 Billionen Euro gewachsen, weil »wir« über unsere Verhältnisse gelebt hätten oder weil der Staat schlecht gehaushaltet hätte, sondern weil die etablierten Parteien seit Jahrzehnten die Kapital- und Gewinnsteuern gesenkt und damit ausgerechnet die reichsten Bürger systematisch entlastet haben. Da wurde die Börsenumsatzsteuer abgeschafft, der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer mehrfach gesenkt, die Vermögenssteuer seit 1997 nicht mehr erhoben, die Körperschaftsteuer für Kapitalgesellschaften zu einer Bagatellsteuer gemacht und die betriebliche Erbschaftsteuer

ab dem 1. Januar 2010 dermaßen reduziert, dasssie bloß noch ein Phantom ist.

Häufig wird gar nicht »gespart«, sondern die finanzielle Belastung nur anders verteilt, also von der Bundesebene zu den Ländern und Kommunen oder von der Solidargemeinschaft auf jeden Einzelnen verlagert oder von der Gegenwart in die Zukunft verschoben. So will die Bundesregierung jährlich 1,8 Milliarden Euro »sparen«, indem Hartz-IV-BezieherInnen aus der Gesetzlichen Rentenversicherung ausgeschlossen und keine Beiträge mehr für sie entrichtet werden. Dadurch erhöht sich zwangsläufig die Altersarmut und sowohl die Kommunen als auch die künftigen Generationen, die angeblich entlastet werden sollen, müssen demnächst entsprechend mehr für die Grundsicherung der Alten und Behinderten aufbringen. Noch mehr Geld will die schwarz-gelbe Koalition im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik »einsparen«, indem Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung und Umschulungen für Erwerbslose, die bisher Pflichtleistungen waren, zu Ermessensleistungen der JobCenter werden. Damit zeigt die Bundesregierung, dass sich ihr Bekenntnis zur »Bildungsrepublik Deutschland« und das Versprechen der Kanzlerin, »Bildung für alle« zu ermöglichen, bloß auf so genannte Exzellenzbereiche und die Elitebildung von Privilegierten bezieht, aber Erwerbslose ausschließt. Dadurch erhöht sich die (Langzeit-)Arbeitslosigkeit und es entstehen Mehrkosten im Bereich der passiven Arbeitsmarktpolitik.

Zu fragen ist, ob eine so reiche Gesellschaft wie die Bundesrepublik einerseits immer mehr Milliardäre und Multimillionäre und andererseits leere öffentliche Kassen haben will oder ob sie einen sozialen Ausgleich und eine nachhaltige Entwicklung anstrebt. Bekanntlich können sich nur die Reichen einen magersüchtigen Staat leisten. Denn sie schicken ihre Kinder auf Privatschulen und (ausländische) Eliteuniversitäten, kaufen sich selbst alles, was ihr Leben verschönert, und sind auf öffentliche Schwimmbäder, Bibliotheken oder andere kommunale Einrichtungen, die zunehmend geschlossen werden, gar nicht angewiesen. Alle übrigen Bevölkerungsschichten benötigen jedoch staatliche beziehungsweise kommunale Leistungen und kommen ohne öffentliche Infrastruktur nicht aus. Wohlfahrtseinrichtungen, Kunst, Kultur, (Weiter-)Bildung, Wissenschaft und Forschung dürfen nicht von kommerziellen Interessen oder der Spendierfreude privater Unternehmer, Mäzene und Sponsoren abhängig werden. Genau das droht, wenn der Staat in neoliberaler Manier kaputtsaniert wird.

Christoph Butterwegge lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Jüngste Buchveröffentlichung: »Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird«, Frankfurt am Main/New York 2009

Lesenswert

Über viele Jahrzehnte hat die Tankstellen-Clique um ihre Anführer Koch und Bouffier die Regierungsübernahme im einstigen SPD-Land Hessen geplant, umgesetzt und erfolgreich zementiert. Kein Anlass also, die Macht wieder abzugeben – das System Koch funktioniert auch ohne den »brutalst-möglichen Aufklärer«.

Schwarzgeldskandal, Steuerfahnder-Affäre, Fraport-Fiasko: Seit Franz Josef Strauß und Helmut Kohl ist kein Politiker mit so vielen Skandalen verbunden wie Roland Koch. Aber egal, wie oft er ertappt wurde, unfreiwillig tritt ein Koch nicht zurück. Sein Erfolgsgeheimnis war und ist die Politik der verschworenen Männer-Clique. Mit seinen Jugendfreunden hat er alle wichtigen Minister-Posten in Hessen besetzt, ein einzigartiger Vorgang in einem Bundesland. Jetzt ist der hessische Ministerpräsident nach gut 11 Jahren gegangen. Warum? Fürchtet er, doch noch von alten Sünden eingeholt zu werden? Oder die nächste Wahl, die zur Schlappe hätte werden können?

Der Anführer der Clique hat seinen Nachfolger Volker Bouffier eingesetzt, ausgerechnet jenen Mann, dessen dubiose Politik bereits zum vierten Mal einen Untersuchungsausschuss beschäftigt. Die beiden FR-Redakteure Pitt von Bebenburg und Matthias Thieme zeigen, wie das System der Vetternwirtschaft, Klüngelei und des Machterhalts um jeden Preis funktioniert. Mit und ohne Koch. Denn Nachfolger Bouffier beherrscht das System Koch. Er hat es schließlich selbst mit aufgebaut.

Pitt von Bebenburg, Matthias Thieme: „Ausgekocht, Hinter den Kulissen hessischer Machtpolitik“, ca. 10 bis 15 Dokumente, 14.95 Euro, ISBN:9783821865478

Impressum:
Wiesbadener Lehrer- und Lehrerinnenzeitung. Herausgeber ist die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Wiesbaden, Gneisenaustraße 22, 65195 Wiesbaden, Tel: 0611/406670, EMail: gew-wiesbaden@gmx.net Redaktion: Birgit Bossert, Hajo Barth, Thomas Eilers, Bärbel Lambrecht, Katja Plazikowsky, Doro Stöver, Michael Zeitz.